



Der Saarbergknappe

ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT CHRISTLICHER SAARBERGLEUTE

„Der Saarbergknappe“, Organ der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute, erscheint monatlich — Postbezugspreis Vierteljährlich 80 — Frk. einacht. Postzustellgebühr Einzelpreis im Zeitschriftenhandel 15 — Frk.

Nummer 9

SAARBRÜCKEN, IM SEPTEMBER 1952

Jahrgang 4

➤ **FÜNF JAHRE** ➤

Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute

Für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt — Gefestigte Organisation zeitigt erfreuliche Aufwärtsentwicklung

Jahre steter Aufwärtsentwicklung bei steigenden Mitgliederzahlen wachen die Erinnerung an jenen denkwürdigen Tag, an dem vor nunmehr fünf Jahren die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute nach Jahren gewaltsamer Unterbrechung wiedererstand ist. Es war am 24. August 1947, als sich die alten christlichen Bergarbeiter-Gewerkschaften mit ihren jungen Kameraden im Volkshaus zu Burtsch versammelten und in einer nachvollzogenen Kundgebung den heutigen stolzen Verband gegründet hatten, der sich allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum Trotz in kürzester Zeit wieder zu einer mächtigen Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat.

An jenem denkwürdigen Tag wurden die kraftvollen Parolen der einstigen christlichen Bergarbeiterbewegung wieder aufgenommen. In rastloser Tätigkeit setzten sich Funktionäre und Mitarbeiter für

ihre Arbeitskameraden ein und erweiterten bald die Früchte ihrer vorbildlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Heute gibt es kaum noch ein Dorf im Saarland, in dem wir nicht eine Ortsgruppe haben, denn überall sprachen die Bergleute der Gewerkschaft christlicher Saarbergleute ihr Vertrauen aus.

Der alte christliche Gewerkschaftsgeist war wieder erwacht. In rascher Folge erstanden die übrigen Berufsverbände und entfalteten eine rege gewerkschaftliche Tätigkeit. So ist der 24. August 1947 zugleich der Tag des Wiedererstehens der alten christlichen Gewerkschaft an der Saar in neuem Gewand.

Für die Sache der Freiheit und der Menschenwürde, haben sich an jenem 24. August 1947 die alten Funktionäre und jungen Gewerkschaftler um ihren Vorsitzenden, Hans Huffang, geschaut, der

schon damals die Gefahren, die die Organisation der Einheitsgewerkschaft, geschaffen von Sozialisten und Kommunisten, in sich barg, klar erkannt und offen ausgesprochen hatte. Damals schon nutzten die Kommunisten diese Organisation für ihre politischen Zwecke aus. In ihren Reihen sind auch heute noch die Kräfte am Werk, die darauf aus sind, alles zu zerstören, was für die Sache der Freiheit und der Menschenwürde erkämpft worden ist.

Es liegt uns fern, die Verschiedenartigkeit der Ausgangsgrundlage bei der Gründung zum Anlaß einer Polemik gegen die Einheitsgewerkschaften zu nehmen, die die Spannungen und die daraus resultierenden unlösbaren Schwierigkeiten in den eigenen Reihen in wachsendem Maße, heute mehr denn je, selbst zu verantworten haben. Soweit es sich um die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Arbeitnehmerschaft

handelt, haben wir in den vergangenen fünf Jahren stets die Voraussetzungen für eine mögliche Zusammenarbeit im Interesse der Arbeitnehmerschaft als gegeben gesehen und uns einer Zusammenarbeit daher auch niemals verschlossen, wenn sie dem Gesamtinteresse der Arbeitnehmerschaft dienlich war. An dieser unserer Grundhaltung hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert.

In Loyalität treten wir auch in Zukunft den Einheitsgewerkschaften gegenüber und schreiben vorwärts auf dem von uns als richtig erkannten, erfolgreichen Weg für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt unserer schaffenden Menschen im Geiste unserer christlichen Weltanschauung.

Mit Dankbarkeit gedenken wir aus Anlaß der fünfjährigen Wiedergründung (Fortsetzung auf Seite 4)



Dinay in der Entscheidung

Wird die 2. Etappe des Erfolg bringen?

Pinay ist mehr als ein Versuch. Die politischen Sommerferien sind zu Ende gegangen. Trotz der weit entfernten Hauptstadt Paris, trotz der hochsommerlichen Hitze, die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme sind nicht zur Ruhe gekommen und mit ihnen kam auch das französische Mißverhältnis. Pinay ist nicht zur Erhaffung der Ruhe. Neben Fragen der sonstigen Innen- und Außenpolitik blieb auch die der Preis- und Lohnbewegung zwangsläufig die der Löhne in Bewegung. Andere, nicht vorgesehene Umstände trugen dazu bei, daß sich der gesamte Fragenkomplex in nicht ungefährlcher Weise entwickelt hat und die Regierung Pinay vor eine schwerwiegende Entscheidung stellt. Pinay ist nicht mehr ein Versuch. Pinay ist nicht mehr irgendeine politische Persönlichkeit. Pinay ist mehr. Pinay ist ein politisches Programm, ein politisches, wirtschaftliches und soziales System. Er stand über den Parteien seiner Koalition. Ob er nun steht oder fallen wird, sein Experiment gemeinsam mit der freier Wirtschaftinitiative war jedenfalls mindestens beachtenswert. Er hat Frankreich für mehr als ein halbes Jahr eine Atmosphäre der Hoffnung, Mut und Zuversicht gegeben. Und das will bei der Eigentümlichkeit des französischen Volkcharakters und bei der Schwierigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse von heute viel heißen. Das alles vermochte er aber nur, weil er sich gemeinsam mit dem Menschenverstand und dem gesunden Menschenverstand ausgerüstet, unvoreingenommen zu seine Aufgabe, den französischen Wirtschaftsmechanismus wieder gesund zu machen.

Mit gutem Geschick

Sein Start war in vieler Hinsicht gut. Mit viel psychologischem Geschick ging er unbelastet von doktrinen oder anderen Vorstellungen an seine wirtschaftspolitische Aufgabe heran. Sein erstes Ziel war es, die Dunkelheit der letzten Jahre in inflationistischer Dämmerung dahinschiebende Wahrung gelang ihn allerdings nur zum Teil. Die Spekulation an den ausländischen Sparstrumpf — sprich Goldstrumpf — gelang aber nur zu einem geringen Teil. Das aber war neben seiner Steueraktion das Kernstück seiner Bemühungen und seines Programms. Immerhin hoffte er, in Herbst eine zweite Anleiheaktion starten zu können. Und das, wenn dann die völlige Sicherheit der Währung hätte bedeuten können. Die lange sommerliche Hitze, die die Energie nachteilig beeinflusste, war stark um sich greifende Maul- und Klauenseuche, die die Viehhaltung mächtig angriff, all das führte dazu, daß der landwirtschaftliche Markt stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und infolgedessen auch das wirtschaftliche Kennzeichen. Pinay's Ziel ist aber ein so massiver Einbruch unvorhergesehener Umstände in eines der für Frankreich wichtigsten Erzeugergebiete seiner Wirtschaft zweifellos von erheblicher Einwirkung auch für die Gesamtwirtschaft. Von nie wieder soviel, auch als bald starke Vorstufe zum Preissektor, die von den gebildeten Spekulationen der in Frankreich so starken Kartellverbände begleitet waren.

Ein Kernproblem

Hier aber liegt eines der wirtschaftlichen Kernprobleme Frankreichs. Und dies heißt: die Monopolstellung — die die wirtschaftliche Lage unumschränkt Alleinherrschaft gewisser Produktions- und Händlergruppen einzuschränken und ihnen die Marktkontrolle der Preisbewegung zu nehmen und ihnen die genaue

Kommt es zu einer neuen Lohnbewegung

Der Staat der Lebenshaltungskosten vom Februar dieses Jahres wieder erreicht - Entweder eine neue wirksame Preislenkung oder zwangsläufig eine neue Lohnbewegung — Das wird aktuell — Tarifvertragsrecht noch immer außer Kraft

Eine Zeit lang schien es, als sei die allgemeine Lohn- und Preisbewegung nun endgültig zum Stillstand gekommen, ja rückläufig geworden. Der Name Pinay war Programm und Hoffnung zugleich für alle geworden. Nicht zuletzt der Arbeitnehmer mußte bei Fuß stehen und seine Lohnforderungen einzuweisen zurückstellen. Er gab wie kaum eine andere Wirtschafts- und Berufsgruppe damit der Regierung des Unternehmers Pinay eine reelle Chance. Das geschah keineswegs aus einem Gefühl sozialer Schwäche und Unterlegenheit, sondern aus dem echt ethischen Verantwortungsbewußtsein heraus, daß eine neue und bessere Entwicklung, eine wirkliche, wirtschaftliche Gesundung nur herbeigeführt werden könne, wenn einmal der ständigen Aufwärtsbewegung der Preise und dem gleichzeitigen Verfall der Währung ein förderliches Haltegebogen wurde. Es war um klar, daß sich wir einen großen Beitrag leisten müßten im Interesse des Ganzen für ein Bestehen, das es nicht leicht, eine seit Monaten in diesem Zustand verharrend. Die Zahlmaterial stützende Lohnforderungen, die einmal die rein wirtschaftliche Forderung mit einer anderen, ungemüßlichen, sozialen Forderung durch besondere Rücksicht und ein Ganzes der Dinge verknüpft worden war, nämlich mit der Frage des Tarifvertragsrechtes im Saarbergbau.

Im Mittelpunkt steht immer noch das Tarifvertragsrecht

Monatelang stand diese sehr gewichtige Frage im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die wirtschaftliche Krise, die es zwang, sehr weite Kreise, die die beiden Regierungen des Saarlandes und Frankreichs, ihre gemeinsamen Verbündeten und Verbündeten zwangen, sich mit ihr zu befassen. Der Spruch des staatlichen, saarländischen Schlichters, den wir anrufen, und der als verbindlich anerkannt wurde, erfuhr seitens der Räte und der beiden Regierungen nicht ein Gleiches. Sie nahmen einen gegenteiligen Standpunkt ein und setzten damit praktisch das saarländische Tarifvertragsrecht für den Saarbergbau außer Kraft. Damit trat ein Zustand ein, der heute noch besteht und vor dessen Beseitigung sich auseinander niemand mehr bemüht, jedenfalls nicht unsere Partner. Die beiden Regierungen haben ihnen gerade recht sein, wenn wir auf die Dauer dabei bestehen und einen vertraglosen Zustand hinnehmen, der die besten Verhältnisse Verhandlungsführung alle guten Ausgangspositionen einräume, während wir in die Rolle des aussichtslosen Angreifers gedrängt wären, für den

Rolle zuzuwenden, die sie im Wirtschaftsprozess zu spielen haben. Sie sind und dürfen nur ein Teil des Wirtschaftsgetriebes sein, niemals aber das alle beherrschende Triebwerk und gleichzeitige wirtschaftliche Kernproblem. Die wirtschaftliche Krankheit Frankreichs gewesen, die Übermacht der Kartelle, die einen Wirtschaftszweig in ein Verfall zu bringen. Ob es nun Pinay, diese Kräfte zurückzudrängen auf ihre eigentliche Rolle im Wirtschaftsleben, bleibt zu hoffen. Zunächst versucht er es nun mit gewissen landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen, die Preispolitik der Landwirtschaftsbrennen sollte. Er

es nie und nimmer einen Durchbruch durch die gegenwärtige Front gab.

Wir sind Bergleute

Wir haben es oft und oft unterlassen, daß wir ein anderes saarländisches Bergbauverhältnis nicht mit denen Frankreichs oder anderer Länder verglichen werden können. Bis uns ein so vielversprechendes, entwickeltes und fortschrittliches, soziales Bewußtsein, das von niemand mehr auch nicht von einer staatlichen Betriebsführung ignoriert werden kann. Wir Saarbergleute sind ein selbstbewußter Stand, der in harten und heißen, in jahrelangen und schicksalshängenden Kämpfen erprobt wurde und Zucht und Bewährung gegeben hat, wie wohl wenige andere. Und diese Bewährung ununterbrochen erneuert. Unsere Ansprüche sind die Zustimmung der Tarifvertragsgerichte, das in allen freibleibenden und sozial fortschrittlichen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist. Die Zustimmung der weiteren sozialen Erntungschaft ist.

Es ist uns unverständlich, wie diese ausnahmslos soziale Frage unvermittelt in den Bereich des Politischen gehoben wurde. Und warum sie absolut nicht gehört, da sie eine rein innerbetriebliche Angelegenheit des Saarbergbaus ist, der sich allein mit Preis zu befassen hat. Und die Tatsache, daß der nationalisierte französische Bergbau sie nicht kennt, ist für unsere Verhältnisse und für unsere Betätigung ein unüberwindliches In Frankreich sind ganz andere Umstände gegeben, und wir haben noch nicht in Erfahrung gebracht, daß ein Kampf ein wirtschaftliches oder zielstrebiges Bedürfnis nach dem Tarifvertragsrecht bestünde. Es mag sein, daß man nach der dortigen Preisbewegung, die die wirtschaftlichen Zustand, d. h. bei dem System der staatlichen Lohnverordnung auf führt. „Andere Völker, andere Sitten, andere Gebräuche.“ Und das sind die letzten, die mit unsere Kampagne eine ähnliche Aktion in Frankreich auslösen wollten. Und wir glauben sogar, daß beide Systeme gut nebeneinander bestehen können. Was uns angemessen ist, beanspruchen wir für uns. Was den französischen Bergbau ausreicht, was er weicht, das mögen alle für sich gelten lassen. Wir aber, die ein fortschrittliches soziales Empfinden besitzen, wir wollen ein Lohnverhältnis, ein triebliches Abreden nach dem Grundgesetz der freien Gegenseitigkeit treffen. Und das umso mehr, als wir ein von Frankreich als ein solches Beispiel darstellen mit anderer staatstypischer Auffassung und Staatsmeinung. Hier geht es nur um ein ganz abgegrenztes soziales Problem, das wir nicht in das Gebiet politischer Debatten überführen möchten, sondern aus ihm sehr

verbilligt verschiedene industrielle Betriebsverhältnisse, die wir uns so zunächst eine Kostenvorgabe der landwirtschaftlichen Betriebe zu erreichen, die sich dann folgerichtig auf die Preisbewegung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise drückend auswirken sollen. Durch verbilligte Einfuhr von Fett und Fleisch wird der Preis für diese bestimmten Stoffen auf die Preisbewegung einwirken. Aus Paris wird als Folge dieser neuen Maßnahmen Pinay's Ziel erreicht. Das Ziel der jetzt in Aufwärtsbewegung befindliche Goldpreis zurückzugehen beginnt und auch auf den Börsen zeigen sich die ersten positiven An-

deutlich herausgehaltene wissen. vollen. Wenn unsere Verhandlungspartner in Paris und Saarbrücken das erkennen würden, dann wäre ein etwaiger Schaden für uns allein in der sozialen Befriedigung unserer Stände und in der politischen Befriedigung unseres Landes, die uns ebenfalls sehr wichtig ist, weil der soziale Ausgleich der hierin interessierten immer widerstreitenden Interessen.

Gültiges Gesetz geworden

Wir hoffen und erwarten aber, daß man sich gerade im Zeichen der wiederlaufenden „Preis- und Lohnbewegung“ endlich um eine Lösung dieses ganz vordringlichen Problems bemüht und uns das zu Recht zugehört. Was ist das Recht? Wir kennen was längst anerkannt gilt. Wir wissen, daß die Stände, die über das entscheidende Kriterium: Will man uns zu gleichberechtigten und gültigen Verhandlungspartnern sein, die für die soziale Befriedigung unserer sozialer Abhängigkeit halten? Einem einseitigen Partner wird es nicht vergeblich sein. Wir wissen, daß die Stände, die über die soziale Entscheidung nunmehr im Saarbergbau geschlagen hat.

Die alte Forderung von 15 Prozent Einings haben wir bereits gesagt, daß die Preisbewegung, die in den Frühjahrmonaten dank der wirtschaftspolitischen Initiative Pinay's zu sehen gekommen war, nunmehr wieder einseitig in die Lohnbewegung nach sich zieht. Wir sind nicht die ersten gewesen, die die Seite in Bewegung gesetzt haben. Wir wollen die ersten sein, die letzten sein, sondern einfach Schritt halten, weil wir Schritt halten müssen, um nicht im Nachteil zu sein. Die soziale Forderung von 15%, zuzüglich der 3%igen Leistungssteigerung besteht zu Recht, und wir machen sie zum Ausgangspunkt der kommenden Verhandlungen. Sehen hat sich der U. V. Bergbau in seiner Sulzbacher Revierkonferenz zu der gleichen Forderung bekannt und geht mit uns. In Frankreich bekamen man sich gewerkschaftsliberalen ebenfalls zu einer 19%igen Leistungssteigerung. Was so einseitig auf Arbeitnehmerseite durch statistisches Material gründlich erörtert worden ist, das kann und muß auch für unsere Partei in Betracht kommen. Ihnen als gültiger Lohnanspruch anerkannt werden. Wir sind gewillt, auf dieser Grundlage und nur auf dieser Grundlage eine Verhandlung zu bekannt. An der Genesung liegt es nun, sich zu äußern und dann muß gemeinsam eine Lösung gefunden werden, die die soziale Befriedigung der Arbeitnehmerschaft entspricht. Wir sind zu den Verhandlungen bereit.

Zeichen für einen Erfolg der Pinay'schen Politik. Wenn erfolgt die große Wirtschaftskrise. Geben sie bei Fuß. Aber sie wägen und prüfen die Lage und ihre eigene soziale Situation. Morgen können und werden sie mit uns nach Paris gehen. Weg nicht zum Ziele führt. Das gilt in ganz besonderem Sinne auch für uns, die wir im Brunnentopf des Wirtschaftskrisenlandes Geben stehen und wie ein Seismograph (Erdbemessgerät) alle Schwankungen auffangen und gegebenenfalls die Verantwortung für das Geben in Bereitschaft und wir werden handeln, wenn es die Stunde von uns verlangen sollte.

Eine Klärung der Lage ist notwendig

Was geht auf Grube St. Ingbert vor?

St. Ingbert, dieses schöne, idyllische Bergmannsstädtchen, veranstaltete in der Zeit vom 26. bis 27. Juli 1952 eine Bergmannswoche mit dem traditionellen Bergfest. Das Bergfest war eine einseitige Note darauf, daß es dieses Jahr ein Bergfest ohne Berechtigte war. Wenn schon die Beteiligung am geschlossenen Kirchgang eine erschreckend geringe war, so Bergleute, die den Bergbau und besuchten die Kirche (privat) so war der Festplatz von Bergleuten, wenn auch etwas besetzt, aber der Bergchaftsstärke entsprechend, äußerst schlecht besucht. Die innere Anteilnahme fehlte vollständig. Sehr schade, aber eine Veranlassung dazu muß doch vorhanden sein. Sagen wir es klar heraus, die Ursache dazu ist in einer tiefen Kluft zwischen dem derzeitigen Oberleiter und der Bergschaft zu finden. Schon Jahr hindurch ist diese Kluft vorhanden und nimmt von Jahr zu Jahr größeren Ausmaße. Große Scherensprüche und ein dauerndes Auf-Dem-Häuschen-Geraten - Sein gehören nicht zum Befähigungsnachweis eines tüchtigen Oberleiters. Zuverlässigen Berichten spotten die Behandlungsmethoden jeder Beschreibung. Bedauerlich hierbei ist die Weiskriedrucke in diesem Treiben latentlos zuseht. Wundert man sich nicht, wenn die Empörung und der Mißmut täglich wachsen und die Arbeit im Fürstengruben nicht wirken. Der Schaden, der hier durch menschlichen Unverstand und den

Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen in die Mentalität des unglücklichen Bergmanns angebracht werden wird, ist es schnell nicht mehr gut zu machen. Das Bergfest in St. Ingbert war ein Gradmesser der „Düwille“, welcher unter der Bergschaft herrscht. Hoffentlich haben die übergeordneten Stellen ein Einsehen und lassen diese unmöglichen Zustände nicht so weiter bestehen. In der offenen Aufstößen kommt. Man sage uns nicht, Strenge wäre notwendig, um die Ordnung und Disziplin zu erhalten. Daß Ordnung in jedem Betriebe herrschen muß, wissen wir und jeder Bergmann. Wir sind die Letzten, welche der Unordnung das Wort reden. Soweit Strenge notwendig ist, ist sie solange am Platz, als sie gerecht ist. Was hier aber vor sich geht, hat mit einer vernünftigen Strenge nichts mehr zu tun. Es ist ein unflätiges Benehmen. Wenn bei jeder Gelegenheit dem Bergmann Äußerungen ins Gesicht geschrien werden, die in der unmittelbaren Nachbarschaft von Götz von Berlichingen zu Hause sind, um nur die gelindesten anzudeuten, so können wir uns vorstellen, daß ein Vorgesetzter, welcher nicht nur als technischer Leiter, sondern auch als Führer mit seinem gutturalen Spiel wirken soll, in ein katastrophales Zustand. Wundert wir uns nicht, wenn das Verhalten dieser und jener Arbeiter nicht so ist, wie es sein soll. In den Betrieben werden sie vielfach zu dem gemacht, was sie sind.

Leistungssteigerung, aber wie?

Das Bergfest in St. Ingbert war ein Gradmesser speziell für die Grube St. Ingbert. Andere Ursachen haben andere Auswirkungen auf sonstigen Schachtanlagen. Die Leistung ist über fünf Prozent an der Saarfällen, obhängen. In allen anderen Ländern eine Steigerung zu verzeichnen ist. In der Ostzone frägt das Hennecke-System die Leistungssteigerung bei. In Westdeutschland werden mit der Zustimmung der Gewerkschaften Leistungssteigerungen durch Främlingewährungen erzielt. An der Saar nennt man den Versuch zur Leistungssteigerung **Wettbewerb**. Auch in dieser Frage muß man sich (hier) zu Wahrsicht haben. Zunächst einige Widersprüche. Die Einzelgewerkschaft der Saar lehnt den Versuch zur Leistungssteigerung ab. Die Einzelgewerkschaft in Deutschland stimmte der Leistungssteigerung zu. Die Kommunistische Partei der Saar lehnt den Leistungssteigerung ab. Kapitalistisches Wettbewerbs als „Neue Zeit“ veröffentlicht im gleichen Atemzuge einen Artikel mit der Überschrift: „Der Kampf um den Aufbau des Sozialismus. Auf der Zementwerke von Fürstenberg zum Wettbewerb“ Es heißt dort weiter: „Die Steigerung der Zementproduktion ist das Ziel eines Wettbewerbs der Bergschaft des Hüttenwerkes Fürstenberg. (Ostzone) Die Fürstberger Zementarbeiter appellieren an ihre Kollegen, den August zum Monat der höchsten Produktion zu machen. Sie fordern die Produktion um 30 Prozent gegenüber dem Vermoat anzuheben. Man soll es nicht für möglich halten, mit welcher Frechheit man hier an den Saarländern ansetzt, was man mit Ostmethoden in der Ostzone fordert. Diesen offensichtlichen Schwendel muß man sich merken.

Zu den Wettbewerbsabsichten bei uns an der Saar sagen wir, daß der Wettbewerb auf dem Weltmarkt uns

Ein Stoß, der bisher die beste Leistung der Grube aufzuweisen hatte, ließe sich weit unter die bisherigen Leistung Ursache: die Panzerfertigung wurde eingeführt. Es klappert hinten und vorne nicht. Die örtlichen Verhältnisse lassen sich den Abbaumitteln nicht anpassen. Umgekehrt muß es sein. Die Abbaumittel müssen den jeweiligen örtlichen Verhältnissen anpassen. Man sieht es aber nicht ein. Der Förderaustfall dauert hier schon einige Monate. In einem anderen Stoß wird etwas über den Durchschnittlohn verdient. Demzufolge war die Förderleistung gut. Das Gedinge wird rücksichtslos gekürzt. In anderen Fällen wird schon während des Monats ein kalter Gedingsabbau durch Aufhalten von Nebearbeiten durchgeführt. In einem anderen Stoß sieht man die Arbeiter, die durch die Zahl der Schichten aus Nebearbeiten in den Stoß geschrieben. In vielen anderen Fällen ist die Fließleistung tatsächlich schlechter geworden. Was wir hier schildern, ist nicht nur in Saarbergbau aufzuführen, sondern auch in anderen Bergbau. Hinzu kommen Behandlungsmethoden, die in manchen Fällen den Methoden von St. Ingbert ähnlich sind. Ist es verwunderlich, wenn auf diese die Freude an der Arbeit schwindet? Ist es verwunderlich, wenn im Zusammenhang mit diesem vermeintlichen Zweck die Förderung fällt? Der Bergmann an der Saarl. im Gegensatz zur Ostzone, in völliger persönlicher Freiheit und macht von dieser Freiheit Gebrauch. Er wehrt sich gegen Unrecht. Da kann man nicht überall.

Die vorstehend genannten Ursachen sind natürlich nur Teilursachen. Die überwiegenden Gründe, welche zum Förderschwund geführt haben, liegen in den örtlichen Fließverhältnissen begründet. Die wahren Ursachen zu erkennen, ist die dringende Aufgabe der Bergverwaltung. Ihre Beseitigung im Interesse der Verwaltung und der Bergschaft ist ebenso unerlässlich. Ein Lohn ohne ausreichende Leistung ist nicht möglich, eine Leistung ohne ausreichenden Lohn ist aber ebenso unmöglich. Schaffe man Zufriedenheit, Zufriedenheit ist das beste Mittel zur Leistungssteigerung, auch ohne Wettbewerb. —

Bedauerliches Mißverständnis

Im rhein-pfälzischen Grenzgebiet in Breitenbach trafen sich die Pensionäre der näheren Umgebung zu einem geselligen Beisammelabend. Hieraus hierauf auch Pensionärvereine aus dem Saarland eingeladen. Wenn auch die Unterhaltung und Pflege der Kameradschaft Vordrang stand — ein Festzug und Gesangsdrbietungen umrahmten die Veranstaltung — wurden die Wünsche der Kameradschaft vorrangig besprochen, die alle Pensionäre stärksten interessieren. Ein Grenzgenosse aus der christlichen Gewerkschaft hat den Anlaß, insbesondere das Gegenseitigkeitsabkommen von Ruhr und Saar und wie auf die noch bestehenden Mängel und Fehler bei der Umrechnung der Renten hin. Obwohl der Referent sich in sachlicher Weise mit den verschiedenen Verhältnissen beschäftigte und sich unmißverständlich ausdrückte, glaubten Einzelne, seine Ausführungen zum Anlaß für die Umrechnung der Renten nehmen zu müssen. Dies ist umso bedauerlicher, als es sich hier um ein Zusammensein mit geliderten Gästen handelt. Die Angehörigen des Deutschen Gewerkschaftsbundes hätten hier zum wenigsten sein um Verständnis bemühen müssen, wenn sie auch aus dem Grund eine gegenseitliche Einstellung voraussetzen. Gegenseitiges Verstehen allein kann beiden Partnern nutzen.

An die Adresse des „Saar-Bergbau“

Eine notwendige Erwiderung von Johann Klein, Beiratsleiter.

Schon mehrmals habe ich Sie als zweifelhaft Vergleichen, in der Zeitschrift „Der Saar-Bergbau“ genannt zu werden. Was brachte die Redaktion dieser Zeitschrift diesmal über mich in Harnisch?

In der SVZ erschien ein Artikel unter meinem Namen, der sich mit einer Abhandlung „Der saarländische Bergbau und seine französische Arbeitgeber“ der Westdeutschen Gewerkschaftszustimmung „Der Bergbau-Industrie“, beschäftigte. Diese Abhandlung strotzte von Entstellungen und Unwahrheiten. Der Artikel in der SVZ hatte den Zweck, Unrichtiges richtig zu stellen. Dies ist geschichtlich ohne daß die Zeitung der EG in ihrem Artikel „Handlangerdienste“ es vermocht hätte, daß in der SVZ Gesagte zu widerlegen. Man mag sich nicht an allgemeinen Redensarten, Verdächtigungen, Verunglimpfungen usw. Gehe man doch nicht mit einem grobem Wettbewerb an, was Sie verheißel.

Hat Herr Professor Weber die Wahrheit geschrieben oder nicht? Hierauf allein kommt es an. Ist es eine Verleumdung, wenn saarländischer Bergbau in der Wohnungsfrage nichts getan worden ist? Man schlage doch die EG-Zeitung nach, um zu sehen, was die EG in die Stiftung für Wohnungsbau. Man stelle doch die Bergschaftsstärke der Ruhr und der Saar gegenüber und erreichte sich nicht die gleiche Höhe pro Kopf der Bergschaften am volzzogenen Wohnungsbau. Mit nichtsaftigen Worten, was „Österreich“ und „westdeutsch“ nicht zu tun hat, ist nicht zur Sache gehört, ist in diesem Falle nichts anzufangen.

Die Auslassungen über die Kohlenabgabe (1952) ist, was die EG-Artikelschreiber dieses Gesetzes nur vom Hörensagen kennt. Eine Auseinandersetzung mit ihm hierüber ist daher fehl am Platz.

Der unsrichtige Rentenvergleich

Was die Vergleiche in der Rentenversicherung angeht, so sind für mich die exakten Berechnungen und die Urteile westdeutscher Fachleute maßgebend. Warum beschränken Sie sich auf die EG, wenn Sie klare Stellung? Sind die Angaben des Herrn Professor Weber richtig oder unsrichtig? Ist meine Rentenversicherung richtig oder falsch? Darauf allein kommt es an.

Es war einmal anders.

Das übige Gefasel von „Saarbau“ ist zu demm, um auch nur ein Wort darüber zu erwidern. Waren es wir oder die EG, die bei den Grubenbedrückten sind und ausgingen, war es nicht die EG, die genau der Zeiten, als die französische Grubenverwaltung uns nur wider Willen zu den Verhandlungen und Besprechungen brachte. Für die EG betrachtete man als berufenen Verhandlungspartner. Zwar hat sich einiges hieran geändert. Daß wir die französischen Grubenbedrückten als nationalien Zusammenbau waren, wird man auch doch nicht verhalten können.

Wenn ein „Grenzgenosse“ sich mit einem „Grenzgenossen“ beschuldigt, was ich, nebenbei bemerkt, gar nicht glaube, dann sei hierzu gesagt, daß ein Gerüchte innerhalb der Gewerkschaften zu verstreuen wollen, wonach ein „Grenzgenosse“ es früher des öfteren bedauert habe, Saarbergbau in die Ostzone zu haben, nicht ebenfalls an die Saar ange-

Kaufhaus Reinstadler

ENDORF

Die gute Einkaufsquelle für die Arbeiterfamilie

schlossen worden sei. Bei Betrachtung der damaligen politischen Verhältnisse, kann man sogar, rein menschlich gesehen, für diese Verträge ein gewisses Verständnis aufbringen: Ein Deutschland im politischen Sinne gab es nicht mehr. Das ist und war aufgeteilt in Zonen. Soll nun es dem einfachen Manne verbieten, wenn er nach dem totalen Zusammenbrüche nicht mehr an einen Aufstieg oder eine politische Erneuerung des Landes glaubt?

In der damaligen übergrößen Not stand allen Menschen, auch den heutigen Hypertrophischen, die wirtschaftliche Existenz, die Familie am nächsten, so daß diese und jene Handlungen und Äußerungen im Lichte jener Zeit gesehen, verständlich sind.

An und für sich wäre dies Sache des Einzelnen, worüber kein Wort gesprochen zu werden brauchte, wenn nicht ein gewisser „Grenzgang“ aus einem persönlichen Geltungsdrang heraus, heute den nationalen Richter spielen wollte, um seine eigene Vergangeneit zu verdecken.

Wenn man nicht als frankophil bezeichnet, so bin ich damit, solange es im guten Sinne gemeint ist, einverstanden. Frankophil bedeutet nämlich franzosenfreundlich, im meine, das sollten wir alle sein, so wie wir deutschfreundlich oder englischfreundlich, kurzum menschlich-freundlich sein müssen, wenn wir nicht die letzte Chance, die uns Westeuropäern geblieben ist, verlieren wollen.

„Deine Rede sei ja, ja, nein“ Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß Lüge und Unwahrhaftigkeit uns in das Chaos von 1945 gebracht haben. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich mir vorgenommen, das Schwarze nicht weiß und das Weiße nicht schwarz zu nennen. Lüge muß Lüge und Wahrheit muß Wahrheit sein. Ob es diesem oder jenen gefällt oder nicht gefällt, darf hierbei nicht von Bedeutung sein.

Gegen un w a h r e Propaganda sollten wir uns wehren, erwidern, vor Ort. Wenn in der SVZ gegen den Artikel des Herrn Professor Dr. Weber Stellung genommen wurde, so geschah dies deshalb, weil ihm jede Objektivität fehlte. Wenn Herr Professor Dr. Weber Recht hätte, dann müßten die Gewerkschafter an der Saar geschlafen und nichts für die

Regierung des Saarlandes.

Ministerium des Innern

Der Minister

An die

Herrn Landräte des Saarlandes und den Herrn Bürgermeister in Saarbrücken,

Die wiederholt an mich herangetragenen Beschwerden über aufgetragene Schwierigkeiten bei der Weiterzahlung des Arbeitsverdienstes durch die Eisenbahnen bzw. Folgen des Schichtsystems im Gemeinde- u. Verwaltungs- u. Kreisratssitzungen habe ich zum Anlaß genommen, eine grundsätzliche Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Die Direktion der Eisenbahnen des Saarlandes hat mit Schreiben vom 4.3.1952 mitgeteilt, daß sie in Ergänzung ihrer Dienstvorschriften die Vorgesetzten aller Eisenbahndienststellen angewiesen hat, den Beamteten für die Teilnahme an Gemeinde- u. Verwaltungs- u. Kreisratssitzungen sowie von Ausschüttungen dieser Körperschaften den Urlaub nach dem Inhalt der Fortzahlung der Dienstbezüge zu gewähren unter der Bedingung, daß das Einberufungsschreiben zu einer Sitzung vorgelegt wird.

In gleicher Weise wurde mir bei einer Besprechung am 30.4.1952 mit dem Personaldirektor der Régie des Mines de Sarre versichert, daß die Grubenverwaltung die durch Teilnahme an diesen Sitzungen verursachten Schichten vergütet. Von

Belegheften getan haben. Daß dies aber ersichtlichweise nicht der Fall ist, beweisen die Tatsachen, und Tatsachen sind untrüglich. Sie weisen nach, daß die saarländischen Gewerkschafter in der Nachkriegszeit Erfolge erzielt haben, wie zu keiner Zeit in der ganzen Gewerkschaftsgeschichte.

Selbst meine Eglern ist das zu unzutun.

Ich habe in der Vergangenheit, in Versammlungen und Konferenzen schwerelos alle unterlassen, was die Zusammenarbeit zwischen beiden Gewerkschaften hätte stören können. Ich habe es stets abgelehnt, persönliche Angriffe zu starten und habe

der Möglichkeit der Schichtverlegung werde in Zukunft nur mehr Gebrauch gemacht, soweit dies den Bergmännern zugemutet werden könne und für ihn keine unbillige Härte entstehe. Eine Schichtverlegung auf einen andern Tag käme nicht mehr in Frage, sondern lediglich eine Zeitschiebung zu demselben Tag.

Der Begriff der Zumutbarkeit des unsichtigen Feiern wird durch die Régie des Mines de la Sarre wie folgt erläutert:

Zumutbar ist das unsichtige Feiern nur dann, wenn dem Arbeiter in seiner Wohnung zum Essen und Schlafen zwischen 2 Schichten mindestens 6 Stunden verbleiben.

Für ein Gemeinderatssitzung, das in der Sitzungswoche Mittagschicht hat, wird sich diese Regelung z. B. wie folgt aus:

Die Gemeinderatssitzung findet normalerweise am Nachmittag statt. Es kommt also in diesem Falle nur eine Verlegung auf die Frühschicht des Sitzungstages in Frage. Zwischen der Mittagschicht des Vortages und der Frühschicht legt nur eine Zeitsparre von 8 Stunden. Unter Berücksichtigung der für den betreffenden Bergmann normalerweise üblichen Annahmeschicht, einschließlich der Benutzung evtl. Verkehrsmittel, muß eine Freizeit von mindestens 6 Stunden verbleiben, d. h. Hin- und Rückweg vom Wohnort zur Arbeitsstelle und umgekehrt dürfen zusammen nicht mehr als 2 Stunden in Anspruch nehmen, andernfalls das

Ausgleichssetzungen stets in einer sachlichen Form geführt. Das Gegenteil wird laufend von der EG getan.

Ich weiß, daß ein großer Teil der EG-Mitglieder die Kampfesweise ihrer Zeitung nicht billigt. Deshalb habe ich bisher auf Anpreisungen nicht reagiert. Da man aber nicht zu allen schweigen kann, ist diese Antwort erfolgt. Wir christlichen Gewerkschafter haben im übrigen wichtigere Aufgaben zu erfüllen als zu polemisieren.

Die Interessen unserer Kameraden stehen im Vordergrund. Die für sie leistende Arbeit ist uns vordringlicher.

unsichtliche Feiern nicht zumutbar ist.

Eine Kürzung der den Bergleuten gewährten Ergebniseinnahme infolge Versäumnis einer Schicht wegen Teilnahme an einer Sitzung kommt ebenfalls nicht in Frage. Vorausgesetzt hierzu ist jedoch, daß die Gruben den Lohn für die versäumte Schicht weiterzahlen.

Abschließend weise ich noch darauf hin, daß eine Verlegung der durch Teilnahme an Sitzungen der Organe sogen. verbundene Betriebe wie Sparkassen usw. ausfallenden Schichten nicht in Frage kommt. g.w.z. Dr. Hector.

Fünf Jahre Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute

(Fortsetzung von Seite 1)
dang unserer christlichen Gewerkschaft all der unermüdbaren Mitarbeiter, die unserer heutigen starken Bewegung wieder den Weg gezeigt haben. Ihrem Pflichterfüllen und ihrem nimmer ermüdbenden Einsatz in der täglichen Kleinarbeit der Organisations ist es zu danken, daß wir in den vergangenen fünf Jahren das Los der schaffenden Menschen verbessern und ihre wirtschaftliche Sicherstellung festigen konnten. Ihre Mitarbeit wird auch in Zukunft den weiteren Fortschritt gewährleisten.

Mit besonderer Freude verzeichnen wir am fünften Jahrestage der wiedervereinigten Gewerkschaft der christlichen Saarbergleute, daß sich die Jugend zu unseren Idealen bekennt und unsere Front in den wenigen Jahren der Entartentwicklung außerordentlich verstärkt hat. Ihre Mitarbeit berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Besonders stolz aber sind wir darauf, daß die wertvollsten Kräfte zu uns gestoßen sind und die Lücken, die der unerbittlichen Tod in unsere Reihen geschlagen hat, sich längst geschlossen haben. Unsere toten Kameraden aber sind uns Verpflichtung in ihrem Geiste weiterzusetzen, damit das große Ziel, das sie sich einst gesteckt haben, erreicht wird, nämlich eine glücklichere Zukunft aller Schaffenden in einem freien christlichen Land!

Bergmann und Minister a. D. Bartholomäus Kofmann †

Vor wenigen Tagen starb nach langen Leiden der Vizepräsident des saarländischen Landtags und Minister a. D. Bartholomäus Kofmann.

Aus dem Bergmannstand gekommen, arbeitete er sich schon in jungen Jahren zäh und nichterblich empor. Sein soziales Wirken galt vornehmlich den schaffenden Menschen unserer Heimat, denen er aus christlicher und sozialer Gesinnung heraus ein Leben lang dienete. Seine Devise war: christlich und sozial. Aus diesen unverändert gültigen Werten schöpfte er in den schweren Jahren der Arbeit und des Kampfes seine Kraft. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung stand er bis zuletzt als Freund und Berater zur Seite. Eine große Trauergemeinde gab ihm dem aufrichtigen und christlich-sozialen Kämpfer das letzte Geleit. Wir werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren!

Bergknäpper stellen am aufgehenden Sarg die Ehrenwache und gaben dem Verstorbenen so seinen letzten Gang das Geleit. Foto: Actuelle

Bilderchronik von der „Woche

Die realistischen Tage der ersten „Woche des Europäischen Bergmanns“ in Saarbrücken sind verfliegen. Ungeheißt steht ihr Bild vor unseren edelsten Augen. Nachklagen aber sollen diese Tage — in unserer Bilderchronik — die wertvolle Assolutorie früherer Generationen zu Zukunft feucht. Wie unser Titelbild sieht, füllten marschierende Bergknappen in ihrer schmacken Tracht mit blin-

des Europäischen Bergmanns“

genden Spiel die Straßen Saarbrückens. Ein imposanter Festzug gab einen Einblick in das bergmännische Schaffen und kulturelle Wirken, dessen geschichtliche Entwicklung einprägsam dargestellt wurde. Nicht zuletzt aber erfreuten Standschmuck der Bergmannskapellen, deren flotten Weisen man immer wieder dankbar lauschte.



Der „Eiserne Mann“

Eigentlich wollten wir an dieser Stelle in etwas ungeschminkter Form zum Kapitel „Bergbau unter Tage“ Stellung nehmen und Beobachtungen einer längeren Zeitspanne in einem ganz bestimmten Betrieb zum Gegenstand eingehender Kritik machen. Wir lieben es an sich nicht, anderen kräftig am Zeug zu flicken. Positive Kritik liegt uns mehr. Wir tun es auch nur, wenn es wirklich angebracht und unumgänglich geworden ist. Dann aber packen wir energisch zu und nennen die Dinge bei ihrem ehrlichen Namen. Damit bewirken wir jeweils eine notwendig gewordene Korrektur im betrieblichen Zusammenleben, das nun einmal im Bergbau unter dem zwingenden Gesetz der Kameradschaft stehen muß. Denn mit ihm steht und fällt der Bergbau. Opposition um der Opposition willen kennen wir nicht. Und so haben wir zunächst einen anderen und einfacheren Weg beschritten, um zum Ziele zu kommen. Das will heißen, wir wollen an Ort und Stelle, in der Gegenwart, die Umstellung von Mann zu Mann, die aufgetretenen Schwierigkeiten in diesem Betrieb klären und gleichzeitig beheben. Solche Auseinandersetzungen von Mann zu Mann, zwischen Vorgesetzten und Kameraden haben ihr Gutes und vermögen sehr oft etwas sehr Bedeutsames, Sinnvolles, das verdammt unheilbar schien. So war es dann auch in diesem Falle zwischen einem Obersteiger im unteren Revier und zweien unserer Sicherheitsmänner. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die von den beiden Kameraden pflichtgemäß gemeldeten und einseitigen Besondereinstellungen mit der gleichen Pflichtgemäßheit entgegengenommen und behandelt wurden. Vielmehr erfuhr die Kameraden seitens ihres vorgesetzten Obersteigers des Öfteren eine recht derbe Abfuhr, die sie sich auf die Dage nicht bieten lassen konnten. Ding es doch, dabei nicht um sie zu streiten und ihre betriebliche Stellung und Aufgabe, sondern auch um das Wohl und Wehe ihrer Untergebener Kameraden, das ihnen nicht gleichgültig bleiben konnte. Am Hände vermerken wir hierbei, daß trotz des im Bergbau rauhen und etwas kollektiv aber unkommandarischer Tones, auch hier eine sehr deutliche Grenze besteht.

Die auch ein Vorgesetzter vom Range eines Obersteigers nicht ungekraft überschreiten darf. In besagter Angelegenheit kam es nun zu ständigen Reibereien und Auseinandersetzungen, die ihren einstweiligen Abschluß in einer gemeinsamen Verhandlung zwischen Vertretern des Oberbergamtes, der Gewerkschaften und den betroffenen Kameraden fanden. So gelang es denn schließlich, einen einstweiligen Schlußbrief unter diese Angelegenheit zu ziehen. Er fehlte auch unersetzlich bei aller Entscheidung, zugunsten unserer Kameraden einzutreten nicht am guten Willen, sondern das Für und Wider abwägend. Das Ergebnis war für beide Teile befriedigend, und wir dürfen hoffen, daß hier ein Exempel statuiert worden ist, das einmal mehr den Sicherheitsmännern den Rücken stärkt und ihnen die Autorität gibt und gegenüber den Vorgesetzten unter Tage das Gehör verschafft, das sie dringlich brauchen, um ihrer gewiß nicht leichten Aufgabe gerecht zu werden.

Wie die Régie des Mines mittelst können auf Antrag wie im Vorjahr mit der Hauptkassation am 25. September an alle Arbeiter Kartoffelgeldvorschüsse ausbezahlt werden. Der Vorschuß für den Arbeiter beträgt 2000 Fr. Außerdem erhalten Antragsteller für jedes Familienmitglied, das in ihrem Haushalt lebt, und für das sie Zulagen nach den Richtlinien der Kasse für Familienzulagen beziehen, einen Vorschuß. Kartoffelgeldvorschuß erhalten auch die noch zur Belegschaft gehörenden Rentner, die ihre Familienangehörigen von der Knappschaft beziehen. Anträge werden von Personalbüro bzw. den entsprechenden Nebenstellen der Gruben in der Zeit vom 9. bis 10. September entgegengenommen.

Die Vorschüsse werden in fünf Monatsraten — beginnend mit der Hauptkassation am 24. Oktober — mit Ausnahme des Monats Dezember abgezogen. Im übrigen entsprechen die Richtlinien für die Erlassung der

Der vorliegende Fall aber sei allen, die eine aufsichtsführende Stellung im Bergbau innehaben, eine Mahnung, sich an die Grenzen ihres Aufgabenbereiches zu halten. Der Sicherheitsmann ist eine Notwendigkeit im Betrieb. Um seine Aufgabe aber voll und ganz erfüllen zu können, bedarf es der Förderung und Unterstützung der Vorgesetzten. Er ist kein Hemmschuh und kein beliebiger Kritiker, der allein des Stänkern wegen da ist, sondern eine sehr, sehr wichtige betriebliche Person im technischen und sozialen Betriebsablauf. Der Vorgesetzte soll nicht so sehr den „Eisernen Mann“ im Betriebe spielen, als vielmehr in ganz besonderem Sinne Kamerad sein. Denn was würde er ohne die Kameradschaft aller vermögen? Er wäre ein König ohne Krone und Scepter. Der Saarbergmann vollbringt eine hervorragende, betriebliche und wirtschaftliche Leistung und die darf man ihm nicht streifen. Der Vorgesetzte sollte entgegen der Bergmann bringt Vertrauen entgegen, er darf es zu rückvertrauen. Und ohne dieses Vertrauen gibt es keine Kameradschaft, und ohne Kameradschaft gibt es keinen Bergbau. Das sei allen in Stammbuch geschrieben, die nach Lust und Laune als Vorgesetzte erhalten, ohne sich der sozialen Erfordernisse eines solchen Betriebes bewußt zu sein.

Kartoffelgeldvorschüsse beantragen!

Antragsteller und die in Frage kommenden Beträge des Vorjahres.

NACHRUFE

Wir betauern den Heimgang unseres Kameraden Lorenz Zimmermann aus Ludweiler. Er war langjähriger Zahlstellenvorsitzender der früheren Ortsgruppe des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter und trat im Jahre 1947 der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute bei und stellte sich mit Eifer in den Dienst der wiedererstandenen Bewegung. Wie die kürzlich verstorbenen Kameraden Georg Hirschmann und Johann Weber war er ein bewährter Kämpfer der christlichen Arbeiterbewegung und bei seinen Kameraden beliebt und geschätzt. Wir werden ihm allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Friedrich Peter, Nalbach, tödlich verunglückt;
 Heselius Alfred, Fralautern, an Unfällen verstorben;
 Schneider Philipp, Schwarzelnach;
 Jakob Peter, Hülzweiler;



Knappschaftsälteste und Ersatzmänner!

Wie die Saarknappschaft mitteilt hat, findet am 23. September die Wahl des Knappschaftsvorstandes statt. Die beiden Vorschlagslisten der Einheitsgewerkschaft und der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute sind sowohl den Knappschaftsältesten als auch den Ersatzmännern bereits überreicht worden.

Wegen der Wichtigkeit der Wahl und der daher erforderlichen Vorbereitung findet am Sonntag, dem 14. September, vormittags 10 Uhr, im Kaffee des Ratskellers in Saarbrücken eine Besprechung aller Knappschaftsältesten und Ersatzmänner der GCS statt. Die Dringlichkeit und Bedeutung der Zusammenkunft fordert von jedem Einzelnen, daß er dieser Einladung Folge leistet. Alle Fragen, die mit der Knappschaftsvorstandswahl und der Vorbereitung derselben zusammenhängen, kommen in dieser Zusammenkunft zur Sprache.

Nichtgenommener Erholungsurlaub.

Die Regie teilt uns unter dem 5. August 1952 mit:

Ergänzung zu Note d'Information DP/Sal. Nr. 10 vom 6.3.1952

In allen Fällen, wo die kranken oder verletzten Arbeiter infolge Pensionierung oder Tod die Arbeit nicht mehr aufnehmen, wird die Vergütung für nichtgenommene Urlaubstage (Zahlungsbefreiung) ohne Abzug des Krankengeldes gewährt und zwar auf der Grundlage des Lohnes der letzten normalen Tätigkeit des Arbeiters.

Die oben erwähnten Urlaubsbefreiungen und Abgeltungen sind zu verbinden unter Berücksichtigung der allgemeinen Lohnverbesserungen, die bis zum 31. Dezember des Urlaubsjahres eingetretten sind, auf das sich der Urlaub bezieht.

Die Herren Werdke/Deleklaren und Chef de Service vom 16. August 1951.

Vitos

Laufmaschinenheber

Neue Strickmaschinen

„Anerkennung“

Franzser

Saarbrücken 3, Hst. Hotel Excelsior

Einigkeit auf dem Wege zu Europa

VON BEZIRKSLEITER JOHANN KLEIN

Wer Gelegenheit hatte, an den Arbeitsräten teilzunehmen, wissen, was das beglückende Gefühl, das diese junge Generation heranwächst, die sich von den alten, in unserer Zeit einfach nicht mehr tragbaren politischen Anschauungen gelöst hat und bereit ist, eine neue Zeit, welche von europäischen Geleiten erfüllt ist, zu umarmen. Wenn das Vereinigte Europa, trotz der Widerstände vieler aus ihren Besessenen nicht auskommenden Politiker doch schneller zustandekommt als es manchmal den Anschein hat, so verdanken wir dies der in dieser Frage notwendigen Explozivkraft der jungen europäischen Männer, die ihre Augen auch über die Grenzpfähle hinaus richten und neben dem Schlechten, das allen Völkern in dieser oder jener Art anhaftet, aber auch das Gute bei den Nachbarn sehen und dieses Gute zu vereinen suchen. Es ist ermutigend, daß hervorragende Politiker wie Mandatskämmerer, Bundeskanzler Dr. Adenauer, Außenminister Schuman, Ministerpräsident de Gasperi u. a. zum Ehrenkodex gehören. Politiker, welche trotz mancher kurzweiliger Parlamentarierhüben wie drüben dem europäischen Ziel zusteuern. Villach, eine Grenzstadt in den Drei-Länder-Ecke Österreich, Polen, Slowakien — Italien liegend, war ein neuer Impuls für die europäische Idee.

Eine bedeutsame Entscheidung

Um einen Überblick über die politische Arbeit, die hier geleistet wurde, zu erhalten, genügt es, die

Entschlossener Wille

Aus diesen Worten klingt eine klare Erkenntnis der augenblicklichen Notwendigkeiten und ein entschlossener Wille, das Erkante zu verwirklichen. Es ist zu wünschen, daß die jungen europäischen Demokraten überall auf volles Verständnis stößen. Des Weiteren bestätigt der Kongreß seinen Willen:

„Für den Ausbau einer wirtschaftlichen und sozialen neuen Ordnung, die von einem Liberalismus verneint wird, der den Fortschritten des Menschen des 20. Jahrhunderts nicht mehr entsprechen kann, und die von einem Marxismus entsteht, der die zeitliche Bestimmung der menschlichen Persönlichkeit außer Acht läßt. Diese neue Ordnung wird verwirklicht durch die inner- und außerbetriebliche Mitwirkung des Arbeiters und seiner Organisationen, wobei das Schwerkgewicht auf der Mitwirkung des Arbeiters selbst liegt. Der Kongreß fordert die gerechte Verteilung des Sozialproduktes, um damit den Erwerb von Eigentum (Wohnungswesen) für jede Familie zu fördern, und die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu garantieren.“

Wenn die jungen europäischen Demokraten eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung fordern, so geschieht dies aus der Erkenntnis heraus, daß die überlebende, wirtschaftliche und soziale Ordnungsreformbedürftig ist. Marxismus und Kapitalismus, beide haben nicht vermocht, eine menschenechte Ordnung zu schaffen; im Gegenteil, beide haben zerstörende Auswirkungen gehabt.

In der Zeit vom 18. bis 17. August fand in Villach (Österreich) die Internationale Woche der Jungen Union Christlicher Demokraten statt. Über 12.000 junge Menschen nahmen an dieser imposanten Tagung teil. Auch das Saarland war durch eine starke Delegation vertreten. Neben den kulturellen und sprachlichen Darbietungen wurde in Arbeitsgemeinschaften über politische, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen beraten, wozu die einzelnen Länder ihre Delegationen entsandt hatten. Wenn uns auch in erster Linie die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen interessieren, so wollen wir doch in gedrängter Form auch die politische Arbeit, die hier geleistet wurde, würdigen.

allgemeine Resolution der politischen Kommission zu betrachten.

„Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortungen der christlichen Demokratie in einem Europa des 20. Jahrhunderts, dessen Zivilisation sich in einer Krise befindet, gibt der Kongreß folgende Erklärungen ab:

Er bestätigt, daß er seinen Kampf nach zwei Zielen hin führen muß:

Gegen den marxistischen Materialismus und gegen den kapitalistischen Materialismus, die sich beide auf die Mißachtung und Ausbeutung der menschlichen Persönlichkeit gründen.

Gegen die Diktaturen einer Partei, einer Klasse oder eines Menschen, sowie gegen die Diktatur des Geldes oder wirtschaftlicher Gruppen;

Gegen das Dogma einer absoluten nationalen Souveränität und gegen den Mythos von einem phantasmatischen, wirkungslosen Internationalismus.“

Das neue Ordnungsbild soll durch die inner- und außerbetriebliche Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen verwirklicht werden. Das Sozialprodukt soll gerecht verteilt werden. Es konnte nicht die Aufgabe dieses Kongresses sein — auch was das gar nicht möglich — ein neues, vollständiges Ordnungsbild zu entwerfen. Es kann deshalb auch nicht als Kritik aufgefaßt werden, wenn wir sagen, daß die Entwerfung eines neuen wirtschaftlichen Ordnungsbildes dringend notwendig geworden ist. Die marxistische Arbeiterbewegung kämpft für das marxistische Ordnungsbild. Die Frage ob diese Bild wirklich oder unwirklich, ob es den Interessen des Menschen gerecht wird oder nicht, sei hier nicht beantwortet. Es genügt die Feststellung die-

Auch aus diesen programmatischen Sätzen geht hervor, daß die Junge Union Europas sich der Tragweite der zögernden, zu sehr von nationaler Engstirnigkeit beeinflussten Politik der europäischen Organisation bewußt geworden und entschlossen ist, eine Wende herbeizuführen. Nicht Staatenbund, sondern Bundesstaat fordern die Jungen Demokraten. Hieran ergeben sich in Bezug auf die parteipolitische Beteiligung vollständig neue Aspekte, die genau durchdacht und heranzuführen müssen.

Der europäische Gedanke, der in der Wirtschaft seinen Anfang genommen hat, muß naturgemäß auf das Politische übertragen wer-

den. Auch die christliche Arbeiterbewegung braucht in ihrem Kampfe ein festes und klares, wirtschaftliches Ordnungsbild, welches ihm eine Vorstellung von dem zu erstrebenden gibt.

Von großer Bedeutung ist die Forderung:

„für ein geeintes Europa mit einer in ihrer Kompetenz beschränkten politischen Macht, kontrolliert durch eine Versammlung, die vom Volk durch allgemeine Wahl direkt gewählt, für die Schaffung von Sozialbehörden, für die sofortige Einberufung einer europäischen verfassunggebenden Versammlung.“

Im Anhang ist gesagt:

„Die in europäischen Institutionen und in einer europäischen, verfassunggebenden Versammlung vertretenen Christlichen Demokraten der europäischen Länder bilden eine Gesamtkraft.“

Diese politischen Forderungen sind von weittragender Bedeutung. Ihre Verwirklichung ist aber notwendig wenn Europa gerettet werden soll.

Die rein wirtschaftlichen Beratungen beschäftigen sich naturgemäß vornehmlich mit dem Schuman-Plan. Aber auch in dieser Kommission wurden die wirtschaftlichen Aspekte politisch behandelt. Es wurde festgestellt, daß die Christlichen Demokraten als neue politische Struktur eines neuen Europas die bundesstaatliche Form gewählt haben. Die Christlichen Demokraten heißt es weiter, bestehen darauf, daß die Errichtung eines Bundesstaates das Ziel ihrer gemeinsamen Arbeit sein soll. Außerdem wurde vorgeschlagen, daß die verschiedenen christlich-demokratischen Parteien Europas sich darüber einigen sollen, einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen zu gründen, der die Bildung einer einheitlich-demokratischen Partei vorbereiten und die Ausarbeitung des Programms für die kommenden Etappen vornehmen soll.

Auf dem Wege zu Europa

Den Gewähr, dieser Gedanke ist bei der heutzutage politischen Konstellation noch revolutionär, vielleicht doch nicht so sehr, wenn wir an die gemeinsame Verteidigung denken. Wenn die Wirtschaft die Verteidigung gemeinschaftlichen Charakter haben, was hindert dann eigentlich noch, die absolute europäische Einheit in Form eines Bundesstaates zu schaffen? Viel Völker sind ohne ihr Volkstum preiszugeben, in einem Staate Platz. Deutschland, Österreich, die Schweiz und Belgien liefern uns den Beweis für die Möglichkeit. Viele Völker sind ohne ihre Souveränität im Großen. Sind unsere heutigen europäischen Staaten nicht aus vielen Stämmen und klei-

nen Staaten zusammengewachsen oder amalgamiert, gehörten unsere heutigen Staaten nicht schon einmal zu einem großen Staat? Denken wir zu. B. an das Reich Karls V. in dem die Sonne nie unterging.

Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund, der gegen einen europäischen Bundesstaat steht, aber es gibt sehr viele Gründe, die ihn europäisch fordern. Das Land, das zuerst die Grundlage durch die Aufgabe eines Teiles seiner Souveränitätsrechte für dieses große Ideal abgibt, wird in die Geschichte als Retter Europas eingehen. Bevor es aber zu diesem entscheidenden Schritt kommt, müssen die Parteipolitiker aus ihrer nationalen Enge heraussteigen.

Bei diesem Gedanken taucht sofort die Frage auf, wie dies möglich werden soll. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß die Parteipolitiker in Wien nach noch zu sehr im Lokalen, zu sehr im Nationalen vergraben sind. In diesem Sinne ist die europäische Gemeinschaftspolitik zu sehr einträchtig. Dennoch muß ein Weg gefunden werden, der aus diesem Dilemma herausführt. Die Jungen Christlichen Demokraten wählen einen Weg, sie forderten ein europäisches Parlament, das in gemeinsamer Wahl von Europäern gewählt wird. In Anbetracht dieser Forderung ist die parteipolitische Neuorientierung angeleitet.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

„Einen großen Raum nahm die Behandlung des Schuman-Planes ein. In Anbetracht dieses Planes wird es anlässlich der Bergarbeiter-Internationale ausführlich über die verschiedenen Aspekte des Planes berichtet haben, brauchen wir nicht nochmals zu betonen. Nur ein einziges aufgetretenen Gedanken wollen wir besprechen.

Die Kommission betonte, „daß der Versuch einer Kohle- und Stahlgemeinschaft von der Schaffung gemeinsamer Märkte für weitere Grundstoffe — wie landwirtschaftliche Produkte — sowie für diejenigen Wirtschaftssektoren, die einen unmittelbaren Einfluß auf die Produktionskosten von Kohle und Stahl haben, wie Elektrizität und Transportmittel begleitet werden muß; ein weiteres Ziel der allgemeinen Ausgleich eines höheren Lohnniveaus und der sozialen Lasten in den Mitgliedländern sein.“

Schlange ...

Ein ernstes Wort wurde in Amerika gerichtet. Man bedeutet die Widersprüche in seiner Politik, durch ein geeintes Europa eine bedeutende „Gewinn“ zu erzielen und seine wirtschaftliche Expansion gefördert, andererseits der Umlauf der Waren und des Geldes in der Welt behindert und ein für sich selbst begrenztes Zollsystem herbeigeführt wird.

So sehr wir Europäer diesen Standpunkt auch teilen mögen, wird Amerika dennoch den Einwand machen können, daß immer noch zwischen den europäischen Ländern Zölle existieren, die den freien Handel in Europa der freie Verkehr des Geldes nicht möglich ist, daß ein vereinigte Europa nur in Reden und Schriften besteht und daß man auf dem Wege dazu über den Strohhalm sträubelt. Solange die Europäer nicht Taten zeigen, könne man von

Amerika nicht verlangen, das zu tun, was Europa nur zögernd tun will.
Für uns Europäer gilt daher: „Der Wille ist ein gutes Geschick, jetzt muß man folgen.“ Die Junge Generation fordert in Willach diese Taten. Ob ihre Notwendigkeit überall anerkannt wird? Wir hoffen es.

Von großer Bedeutung für uns und Gewerkschaftler war die Tagung der Gewerkschaften in Komleitz. Nach der Besprechung über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern wurden über einige wichtige Punkte diskutiert und diese in eine Entscheidung teilweise niedergelegt.

Individuelle Selbständigkeit

Man stelle fest, daß zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften ein Vakuum besteht, das Gefahrenquellen in sich birgt. Etwas füllt sich dieses Vakuum mit dem Wohlstand, Gleichgültigkeit, dann mit Unzufriedenheit. Keiner dieser genannten Zustände ist ungefährlich, zumindest aber sind sie unfruchtbar. Um diese Klüft zu schließen, werden wir in der Zukunft gefordert, daß die Verhältnis Partei und Gewerkschaft in einer besonderen Aussprache untersucht und Maßnahmen gefunden werden müßten, um eine fruchtbare Zusammenarbeit zu ermöglichen, ohne die Selbständigkeit beider anzutasten.

Wenn wir die Ursachen untersuchen wollen zu diesem Zustand geführt haben, so sind es in der Hauptsache zwei Gründe. Man fürchtet in den politischen Parteien die evtl. Übermacht der Gewerkschaften, die die Interessen der Gewerkschaften als Slandesbewegung ein Recht zur politischen Mitarbeit haben, und es auch der politischen Verantwortung. Die Gewerkschaften sehen ihre Vertreter vor der politischen Verantwortung fernzuhalten. Andererseits dürften die Ursachen auf eine einseitige Rivale zu bezeichnen, die Gewerkschaftspolitiker zurückzuführen sind, indem der reine Parteipolitiker in dem Gewerkschaftler seinen Konkurrenten sieht.

Gewerkschaften und Parteien

Die Kompetenzen der Parteien und der Gewerkschaften müssen aufeinander abgestimmt, das Verhältnis zwischen beiden verbessert. Hier begehen sich zwei Auffassungen. Die Gewerkschaften vertreten mit Recht den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Arbeitspolitik und die soziale Stellung so sehr von der Sozial- und Kulturpolitik beeinflußt werden, daß die Parteien auf ihr politisches, Mitratsche- und Mitwirkungsrecht nicht verzichten können.

Die Parteien dagegen machen geltend, daß der Mensch zunächst Staatsbürger ist und dann erst Mitglied einer Interessengruppe wird. Das Gemeinwohl stehe an oberster Stelle. Aus diesem Grunde müssen wir für die von den Abgeordneten der politischen Parteien geteilte Regierung nicht Vertreter einer Interessengruppe sein, sondern die Gesamtinteressen hätten zu vertreten. Das letztere selber wäre als selbstverständlich an; solange die Wahrnehmung der Gesamtinteressen dem Gerechtigkeitsprinzip Rechnung trägt, sind wir einer Meinung. Aber es geht nicht aus, daß wir innerhalb der parteipolitischen Bestrebungen unsere Rechte auf paritätischer Ebene wahrzunehmen können.

Diese und die sehr delikate Frage über den Streik können nicht mehr genügend behandelt, sondern nur

Aus allen Teilen Europas sind wir junge Christen hier in dieser Grenzstadt Willach zusammengekommen, um gemeinsam kulturelle und andere Fragen von ökonomisch, europäischen Interesse zu besprechen. Willach mit vollem Bewußt, wurde diese Stadt gewählt, die am Schnittpunkt vieler Kulturen und im Brennpunkt zweier Welt- und Gesellschaften steht, die einander diametral entgegengesetzt sind. Um alendern konzentriert sich dieser Gegensatz mehr als um den europäischen Arbeiter und die junge schaffende Gewerkschaftler und Arbeiter repräsentieren. Wenn wir so nah und so hart an der Grenze jener anderen Welt, die nicht die unsere ist, die aber sich in offener Gemeinschaft zu uns gesetzt hat, uns treiben, so wollen wir damit ein ewiges Bekenntnis zu unseren christlichen Grundätzen und der europäischen Volksgemeinschaft ablegen. Diese stand immer im Zeichen der Freiheit und der Gerechtigkeit, so daß ausgerichtetem Geistes, der sich wohl in die natürlichen und stiftlichen Ordnungen einfügen wollte. Das Wohl der Menschheit ist uns ein Recht als das Jahrhundert der sozialen Frage, ja als das Jahrhundert des Arbeiters bedeutet. Dann werden die die die Revolutionen der Wirtschaft und der Technik neu heraufgekommenen Stand, des eigentlichen Arbeitnehmers in der Wirtschaft und Gesellschaft einzubauen und ihm ein echtes Glaubensbekenntnis zu geben.

Wir, die wir als christliche Gewerkschaftler in den Brennpunkten der sozialen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen stehen, wir wissen um die Härte und Unerbittlichkeit dieses Ringens, das gleichzeitig die Freiheit und die Gerechtigkeit und die Fronten haben sich verschoben und gekippt, und was wir uns als „Westbewegung“ und „Westbewegung“ bezeichnen, das ist nichts anderes als die Freiheit-Glaubensgemeinschaft“ und dort „Zwang-Union-Vermassung.“ Weil wir über das Letztere niemals wollen

nach am Bande diskutiert werden. Einige Gedanken über den Streik seien wiedergegeben.

Jeder politische Streik ist zu vermeiden. Die in einer Demokratie vorhandene Regierungsmacht muß, solange sie sich auf dem Boden der Demokratie bewegt, in ihren Entscheidungen als souverän angesehen werden und über einzelnen Interessengruppen stehen. Die in einem totalitären Staat gebotene Regierung ist von der Mehrheit des Volkes berufen. Demnach kann nicht ein Teil des Volkes Gewalt gegen die Mehrheit ausüben. Die von Volk gewählten Abgeordneten haben das alleinige Recht, eine Regierung oder ihre Beschlüsse abzulehnen, sofern eine Mehrheit vorhanden ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Unmöglichkeit eines politischen Streiks.

Eine einzige Ausnahme läßt den politischen Streik zu und zwar, wenn die Demokratie in Gefahr ist. Dann ist der Streik berechtigt, weil er sich für die Erhaltung der demokratischen Ordnung einsetzt.

Der Streik kann nur das letzte Mittel sein in einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Verhandlungen mit den Vertragspartnern, Trigt der Staat als Arbeitgeber auf, so gilt er als Vertragspartei. Die Streikberechtigung

EUROPA und der Arbeiter

Referat von Jugendsekretär Walter Kerner, gehalten auf dem europäischen Kongreß in Willach

können, deshalb müssen wir das Ersterer bejahen, deshalb sind wir hier zusammengekommen, um uns zu den christlichen Grundätzen des europäischen Abendlandes zu bekennen. Wir wollen eine neue Lebensordnung, die auf den Fundamenten des christlichen Glaubens, der persönlichen Freiheit, der organisch-sozialen Bindung an die Gemeinschaftsträger aufgebaut ist. Unser gesellschaftliches Prinzip ist die gegenseitige Ergänzung und Hilfeleistung. Die Diktatur von oben wollen wir, sondern die Selbstverwaltung in den unteren und mittleren Körperschaften, und darauf aufbauend die Hierarchie des Staates in dieser sozialen Ordnung. Den Arbeiter aber wollen wir als wesentlich notwendiges und wertvolles Gesellschaftsglied sehen. Er, der eine der Hauptlasten des wirtschaftlichen Lebens trägt, er, der mit seiner Hände Arbeit einer kleinen Schweiz und einer Warme sein Leben, die Güter dieser Erde zu unser aller Lebensunterhalt mitersorgen ist, er muß in der Gemeinschaft der Menschheit einen gesicherten und schätzbaren Platz einnehmen. Er lehnt die kommunalistische Petische ab, die nichts anderes ist als ein zur verkappter Kapitalismus mit ständlichen Vorzügen. Wenn wir schon den privaten Kapitalismus als miltäres Kind einer miltären Zeit bezeichnen, um wieviel mehr aber müssen wir erst jene infernalische Ausgubert des Kommunismus bezeichnen, die die menschliche Kulturarbeit geschaffen hat. Wir als Arbeiter wissen sehr wohl um unsere sozialen Grenzen wie unsere wirtschaftlichen, die wir in der Dynamik aber nicht den Rahmen der Gemeinschaft sprengen, sondern formen, und nicht ohne Einfluß auf die gesellschaftliche Leben in all seinen Ausdrucksformen. Schon das Gewicht unserer größeren Zahl ist ein beachtliches. Aber mehr noch, ist unser gesundes

Empfinden, unsere echt demokratische und humanitäre Gesinnung, unsere Slandesbewußtsein und unser religiöses Denken als Christen ein starkes Formelement der europäischen Aktivposten. Diese wir brauchen diese unsere Kräfte und Möglichkeiten nur zielbewußt und entschlossen einzusetzen, dann fällt uns von selbst alles an, was wir aus zustehende Platz in der Gemeinschaft zu.

Wir als Arbeiter bejahen Europa als unsere geistige und geographische Heimat. Seine Kultur ist eine der höchsten, die Menschen hervorgebracht haben, und alle Völker der Erde zehren auch heute noch von ihren ungeschwächten Leistungen. Wir bejahen sie so, um mehr, als sie selbst auch unser eigenes Werk sind, in dem Generationen unserer Slandes aufzuwachsen. Da ist kein überheblicher Dünkel, sondern ein ganz natürliches Leistungsbewußtsein. Jetzt gilt es aus dem furchtbaren Verfall der menschlichen Vergangenheit ein neues soziales Ordnungsbild der Slande und der Völker zu bauen. Die Wirtschaft ist ein gesellschaftliches Werk entkeltet werden, und wieder denerin am Menschen sein. Aber gerade weil sie in der Vergangenheit ein so ungeschwächtes Leistungsbewußt sindigt hat, deshalb müssen wir einen schicksalhaften und gesellschaftlichen Einfluß auf sie gewinnen. Wir müssen sie so gestalten, daß sie frei Stand nicht bestehen können, wir wollen keine fremden Rechte, sondern nur jenen Spielraum in gesellschaftlichen Angelegenheiten wir zu unserer Entlastung brauchen.

Wir Arbeiter von der Saar leben in einem geschichtlichen Brennpunkt der europäischen Kultur und wollen gestellt in das Ringen um Kohle und Stahl in unserem Land, das nicht zuletzt auch ein Hirnen und ein gesellschaftliches Problem ist. Wenn wir vor allem Europa bejahen, so deshalb, weil wir die jahrehtelangen, unfruchtbarsten politischen Gelegenisse durch ein mutiges Bekenntnis (Fortsetzung Seite 8)

findet dann auch auf ihn Anwendung. Die Berechtigung des Streiks, welche in letzter Zeit in Wort und Schrift häufig diskutiert wird, bedarf im Interesse beider Wirtschaftsgruppen eine gründliche Klärung. Um es zu vermeiden, sind Meinungen und Urteilen von allzu-eifrigen Arbeitgeberzirkeln stehen vor von vornehmlich skeptisch und miltärisch. Diese Frage bedarf zweifelsfrei einer Klärung, die aber nicht ohne uns erfolgen kann. Diese Themen sind nur angeklungen und müssen einer späteren Beratung vorbehalten bleiben.

Richtungsgewerkschaft oder Einheitsgewerkschaft?

Eine längere Debatte entwickelte sich über die christliche Gewerkschaften oder Einheitsgewerkschaften. Die überwiegende Mehrheit sprach sich in der Diskussion dafür aus, daß die christlichen Parteien ihre Mitglieder organisieren, sofern sie organisiert sind, verlangen, daß sie einer Christlichen Gewerkschaft angehören. Diese Forderung wurde singelmäßig in die Entscheidung aufgenommen.

Als weiterer wichtiger Punkt wurde die Bildung einer Kommission innerhalb der europäischen Union christlicher Parteien für wirtschaft-

liche und soziale Arbeiterfragen besprochen. Diese Kommission würde als dauernde Einrichtung auch in der Entscheidung gefordert.

Jugendsekretär Kerner

nach abschließend in einem Kurzerreferat zu dem Programm der Tagung. In der am Wochenende tagenden Plenarsitzung fand die Entscheidung eine grundsätzliche Annahme und wurde den Kommissionen, die im September nochmals tagen, zugewiesen.

Fruchtbare Arbeit

Wenn wir uns am Ende dieser Tagung nun fragen, was ihr Sinn und Zweck war, und welche Ergebnisse erzielt wurden, so können wir nur feststellen, daß die christlichen Parteipolitiker Europas überhaupt zueinander gefunden haben, ist schon als Erfolg zu werten. Dies allein schon würde die Tagung rechtfertigen. Wenn wir zu wünschen, daß es nicht bei diesem Auftakt bleibt, sondern daß die hier begonnene Arbeit in enger Zusammenarbeit weitergeführt werden, wenn wir zudem die verschiedenen Punkte, die besprochen und hier nur angedeutet werden konnten, betrachten, dann erkennen wir, daß diese Fruchtbarkeits-Arbeit geleistet wurde, die auf die zukünftige Entwicklung nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Aus den Jugendgruppen der CGJ

EUROPA und der Arbeiter

Luisenthal. Wie uns von jugendlichen Mitgliedern der CGJ in Luisenthal mitgeteilt wird, befindet sich das Jugendbist bis zum heutigen Tag immer noch in einem mangelhaften Zustand. In mehrerer Engaben von Seiten der Gewerkschaft Christi, Saarbergleute, wurden diese Zustände bis heute noch nicht abgestellt. Es wäre an der Zeit, daß sich die Verwaltung nun endlich mit dieser Angelegenheit beschäftigen würde.

Riegelberg. In einer kürzlich stattgefundenen Jugendversammlung der CGJ in Riegelberg sprach Helmut Nickels vom Landesjugendausschuß der CGJ über die Ziele der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Mehrere Kameraden sind der CGJ beigetreten.

Fenne. Im Kraftwerk Fenne ist der Stützpunkt der CGJ sehr aktiv. In den letzten Wochen konnten mehrere Aufnahmen für die CGJ getätigt werden.

Jägerfreude. Auch in der Grube Jägerfreude ist uns jetzt dargegangen, Stützpunkt der CGJ zu bilden. Verschiedene Jugendfunktionäre der CGJ haben die Aufgabe, die Bestimmungen des Jugendbeschutzesesetzes zu überwatchen.

Altenkesel. Die Jugendgruppe Altenkesel veranmaltete am vergangenen Sonntag eine AGJ sehr aktiv. In den letzten Wochen konnten mehrere Aufnahmen für die CGJ getätigt werden.

weiche der Jugendgruppe. Er zeigte der Jugend den Wert, den sie zu geben hat. Seine Ausführungen wurden ebenfalls mit starkem Beifall aufgenommen. Der Kath. Kirchenchor Altenkesel wurde mit seinem kläglich feinst abgestimmten Liedern die Anwesenden. Beim Radfahrverein Altenkesel gefiel besonders die Dreier-Gruppe der Jungen, sich dem offiziellen Programm spielte das Tanzorchester Edelweiß, Altenkesel zum Tanz auf. Eine große Tombola beendete den schönen Abend der Wimpelweife. Viele Kameraden und Kameradinnen sind der CGJ beigetreten.

Querscheid. Die Jugendgruppe Querscheid hat nun ihr Winterprogramm aufgestellt und will in den nächsten Wochen mit mehreren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Die Gruppenleiter freuen sich immer eines guten Besuches.

Arbeitskreis der CGJ in Essen gebildet

Vor uns liegt das Protokoll einer Jugendkonferenz des Bundes der christlichen Gewerkschaften, die jüngst in Essen stattfand. Auf dieser Konferenz berichtete u. a. ein Teilnehmer über das Jugendtreffen der Christlichen Gewerkschaftsjugend des Saarlandes und ermunterte die Anwesenden auch im Bundesgebiet nach dem Beispiel des Saarlandes mit der Arbeit für die christliche Jugend zu beginnen. In einer regen Aussprache kam auch wieder zum Ausdruck, wie sehr die Aufnahme dieser Arbeit begrüßt wurde. Es wurde der Antrag gestellt, aus dem Teilnehmerkreis einen vorläufigen Arbeitskreis für die christliche Gewerkschaftsjugend zu bilden. Zahlreiche Teilnehmer meldeten sich freiwillig zur Mitarbeit und erklärten sich bereit, Einzelaufgaben zu übernehmen.

Burbach. Die Jugendgruppe Burbach wird am 14. September mit einem Jugendabend im Volkshaus Burbach an die Öffentlichkeit treten. Näheres wird in der Tagespresse bekannt gemacht.

St. Ingebert. Auch in St. Ingebert ist die Jugend dabei, den Gedanken der Christlichen Gewerkschaft vorwärts zu tragen. In einer gut besuchten Jugendversammlung sprach Helmut Nickels vom Landesjugendausschuß der CGJ. Er forderte die Jugend auf, weiter für die CGJ zu wirken.

Roden. Hier findet am Sonntag, dem 21. September, um 10 Uhr im Lokal Heilbrunn eine öffentliche Jugendversammlung der CGJ statt. In dieser Versammlung wird Jugendsekretär Walter Kerner über aktuelle Jugendprobleme sprechen. Die gesamte christliche Jugend ist schon seit der Versammlung herzlich eingeladen.

In einer weiteren Besprechung wurde inzwischen der Arbeitsplan aufgestellt und in regelmäßigen Zusammenkünften die Arbeit der Christlichen Gewerkschaftsjugend im Bund der Christlichen Gewerkschaften festgesetzt, an der sich die Kameraden und Kameradinnen aufgeschlossen und tatkräftig beteiligen.

Wir freuen uns, daß unser Jugendtreffen bei den Kameraden und Kameradinnen der Bundesrepublik einen so starken Eindruck hinterließ, daß sie sich in Kameradentreffen in einer christlichen Gewerkschaftsjugend entschlossen und seitdem mit Tatkraft und Entschlossenheit ihre Ideale verfolgen. Dazu wünschen wir von ganzem Herzen Erfolg.

(Fortsetzung von Seite 7)
spiel überwinden wollen. Aber unser Beispiel wird nur dann von Segen für alle sein, wenn ihm andere folgen. Nur in der Gemeinschaft sind wir stark. Und deshalb rufen wir schaffenden Menschen von der Saar unsere schaffenden Brüder aus Ost und West zum gleichen mutigen Opfer auf. Nicht der bolschewistische Zwang soll uns zusammenführen, sondern die freie Erkenntnis und Entscheidung muß uns zur europäischen Gemeinschaft hinführen, die in jedes Land und Volk, jeder Stand und jede Wirtschaft, die eigenen Kräfte und Werte als positiven Beitrag einbringt. Nur so kann das neue Europa werden. Nur so kann es im Zweifelsfall zwischen Ost und West bestehen. Nur so kann es christliche und kulturelle Sendung erfüllen, die in allen Jahrhunderten die gleiche geblieben ist. Nämlich: durch unsern Heldenmut für die Wahrheit und einer schöpferischen menschlichen Entwicklung zu sein. Wir Arbeiter aber geloben dieser Sendung allezeit und überall treu zu bleiben. Unsere Pflanz ist die des freien und christlichen Europa und wird es immer, immer bleiben.

NACHRUUF!

Unser Jungkammerde Günter Eberling ist durch einen tragischen Unglücksfall ums Leben gekommen. Eberling war ein tatkräftiger Jungkammerde, ein Ladeleiter (Wartler) und seit Wiedergründung der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute aktiv.

Im Namen der Kameradinnen der CGJ wird sein Andenken in Ehren halten.
W. Kerner, Jugendsekretär.

Verantwortlich für den Gesamtschritt Hans Ruffing, Saarbrücken 1, Am 14. September 1934. Druck: Verlagsanstalt u. Druckerei, Saarbrücken 1.

Die Auseinandersetzung mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit stellt alle, die an verantwortlicher Stelle die Interessen der Schaffenden vertreten, vor eine sehr schwierige Aufgabe. Die Ausweitung des Industrialisierungsprozesses und das Anwachsen der Sozialgesetzgebung, die Diskussion um Löhne und Preise, und das Mißbestimmungsrecht in der sozialen Sicherstellung sind Befehden in einer hochentwickelten Wirtschaft setzt ein gelingendes Fachwissen voraus, das sich im Selbststudium ohne fachliche Anleitung wenig überhaupt nur in mühevoller Arbeit erlangen läßt. Jeder Gewerkschaftler wird es daher begrüßen, wenn ihm in kurzen das erforderliche Rüstzeug zur Hand gegeben wird, auf dem er ohne große Zeitaufwände sich aufbauen kann.

Wie groß das Interesse für die Schulung ist, beweisen die zahlreichen Meldungen zu unseren Lehrgängen, deren erster am 8. September in der Universität Saarbrücken beginnt. Der Elifer der Kameraden ist um so bemerkenswerter, weil sie auf einen Teil ihres Urlaubes zugunsten der nunmehr beginnenden Schulungsarbeit - im vergangenen Jahre machte uns leider die spinale Kinderlähmung und das damit notwendig gewordene Verbandsmitglied einen Strich durch unsere Planung - verschieben.

Der Schulungsplan unserer Wochenlehrgänge umfaßt fünf Arbeitsgebiete, die sich neben der Allgemeinbildung und gewerkschaftlichen Ausrichtung auf die Gemeinschaft und ihre Formen, Volkswirtschaft und Bürgerliche, das Bürgerliche Recht, auf das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung beziehen. In Referaten, Arbeitsgemeinschaften und Diskussionen werden insbesondere der Staat, die berufständliche Ordnung, Wirt-

BEGINN DER Schulungsarbeit

Zwei Lehrgänge der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute laufen an

schaft und Betrieb sowie Weltanschauungsfragen behandelt. (Referent: Bezirksleiter Joh. Klein). Die Lehrgangsteilnehmer lernen die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe, die Entwicklung der Wirtschaft sowie die einzelnen volkswirtschaftlichen Theorien kennen. Breiter Raum wird dem Lohnproben und den Fragen, die mit dem Mißbestimmungsrecht auf betrieblicher und überbetrieblicher Grundlage zusammenhängen, gewidert. (Referent Hans Kurt Schuck).

Das Arbeitsrecht in seinen Grundzügen behandelt unser Rechtsberater Dr. Buse. Er wird insbesondere den Arbeitsvertrag, Fragen, die mit Entlassungen zusammenhängen, die Arbeitsgerichtsbarkeit und das Betriebsratsrecht unter Berücksichtigung des in Vorbereitung befindlichen Betriebsverfassungsgesetzes darlegen. Über Rechte und Leistungsarten sowie die Rechtsprechung in der Sozialversicherung referieren die Kollegen Gierz und Steinhauer. Durch die Mitwirkung der Bezirksleiter und leitender Angestellten der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute ist die Gewähr geboten, daß die behandelte Fachwissen sowie die gewerkschaftlichen Fragen sich nicht in theoretischen Erörterungen erschöpfen, sondern an die Praxis und die Er-

fordernisse der Zeit anknüpfen. Aus der Praxis des Rechtschutzes wird auch Kollege B. H. Holzner Rechtsfragen des Alltags, wie sie sich im Familien- und Erbrecht täglich ergeben, behandeln.

Der Schulungsplan ist so abgefaßt, daß ein solches Wissen vermittelt werden kann, ohne daß den Teilnehmern allzuviel zugemutet wird. Ziel ist nicht, alle zu perfekten Juristen und Volkswirtschaftlern zu machen, sondern ihnen den Grundstock für ihr weiteres Selbststudium zu liefern, auf der Grundlage der Kenntnisse, die sie eigentlich gar nicht des Hinweises, daß die Lehrgänge zugleich der Pflege der Kameradschaft, des sich Kennen- und Verstehenlernens dienen sollen. Auch der gezielte Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern ist ein wichtiger Bestandteil. Hoffen wir, daß die gesteckten Ziele erreicht werden und eine neue Führungsschicht sich herauskristallisiert, die die Last der allgemeinen Arbeit zu übernehmen in der Lage und das bereit ist!

Auch die Arbeitskammer schau

Am 9. September beginnt der erste Schulungslehrgang der Arbeitskammer im Erlöschungsbereich der Kreisparke Saarbrücken, an denen acht Kameraden der Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute teilnehmen. Der Lehrstoff umfaßt die Arbeitsrecht, die Arbeitslosen-Themen. In späteren Lehrgängen sollen auch volkswirtschaftliche und sozialpolitische Fragen behandelt werden. Die Aufgaben der Arbeitskammer sind die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die ebenfalls Gegenstand des ersten Lehrganges sind, finden hier eine erste praktische Auswirkung.